

„Berlin sucht Lösung in der Euro-Krise“
und bindet sich vorher die Augen zu!

oder

Wie der rechtsradikal motivierte Mord erhalten muß, um
vom Versagen der Politik abzulenken

von

Tristan Abromeit

Im Monatswechsel vom November zum Dezember 2011

www.tristan-abromeit.de

Text 98.1

(Anhang von Text 98.0)

Mitteilungen der LSP an die Presse aus dem Jahr 1968
von T.A.

(4) Stellungnahme zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke
und die dadurch ausgelösten Demonstrationen

(9) Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR

(11) Stellungnahme der LSP zum Begehren auf das Verbot der NPD

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70
Telefon 0471/ 23985

46 large

17. 4. 68

Mitteilung an die Presse (4)

=====

Stellungnahme zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke und die dadurch
ausgelösten Demonstrationen

Daß wir den Mordanschlag auf Rudi Dutschke verurteilen ist eine
Selbstverständlichkeit, die keiner Erläuterung bedarf.

Wir haben Verständnis für die durch das Attentat ausgelösten ge-
waltvollen Demonstrationen, wir müssen die Gewalttaten aber genau-
so mißbilligen, wie die der Amerikaner und Vietnamesen. Wenn wir
eine bessere Welt wollen, dann ist die Faust nicht das geeignete
Mittel, dies sollten alle Bundesbürger im Geschichtsunterricht
begriffen haben.

Jede Revolution trampelt ihre Ideale in den Dreck. Wir wir wirklich
den Durchbruch zu einer menschenwürdigen Welt wollen, dann müssen
wir uns mit der unblutigen Evolution bescheiden.

Eine bessere Gesellschaftsordnung wird nicht durch Straßen-
schlachten gewonnen, sondern durch gedankliche Fleißarbeit.

Wir brauchen keine Prediger der Gewalt, wir brauchen tausende
Gandhis und Kings. Wir brauchen tausende Sozialwissenschaftler,
die den gutwilligen Politikern brauchbare Instrumente aufzeigen
und entwickeln, damit sie eine bessere Wirtschafts- und Gesell-
schaftsordnung durchsetzen können. Wir brauchen zur Verstärkung
der fähigen und gutwilligen Politiker neue, junge, unbefangene,
unkorruptierte Abgeordnete in unseren Parlamenten.

Im Springer-Verlag eine Ursache und nicht ein Symptom unserer
kranken Bundesrepublik zu sehen, zeugt von Gedankenlosigkeit. Kein
Verlag kann bei uns im Westen auf Dauer Produkte verkaufen, die
nicht vom Leser gebilligt werden. Ein Verlagskonzern ist ein Wirt-
schaftsunternehmen wie andere Konzerne auch, die Schäden für die
Gesellschaft sind nicht immer gleich gut sichtbar. Eine Verstaat-
lichung des Zeitungswesens bricht nicht die Macht der Meinungs-
bildner. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß der einzelne Redakteur
und Journalist unabhängiger vom Verleger wird.

Die Konzentration wirtschaftspolitischer Macht werden wir nur über-
winden, wenn es gelingt, daß der Arbeitsertrag zunimmt und der

Kapitalertrag abnimmt.

Studenten der Bundesrepublik, wir teilen Euren Zorn auf unaufrichtige und verblendete Politiker und Publizisten und auf stumpfsinnige und teilnehmslose Bewohner unseres Staates, die den Namen Bürger nicht verdienen. Unsere gemeinsamen Ziele gebieten es aber, daß wir unsere Feinde zu unseren Brüdern machen.

Den Generationen der beiden Weltkriege ist es nicht gelungen, die Demokratie bei uns heimisch zu machen, wird es uns gelingen?

gez. Tristan Abromeit
Vorstandsvorsitzender

Abfrage

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven 1, Schiffdorfer Chaussee 70

1. 9. 1968

Mitteilung an die Presse (9)

#####

Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR

1.0 Lob und Tadel

1.1 Der Überfall und die Erpressungen der Sowjetunion, Polens, Bulgariens, Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik wird als Schande und Barbarei in die Geschichte eingehen.

1.2 Die Kritik an dem Vorgang kann nicht scharf genug sein. Vergessen dürfen wir aber nicht, daß keine rückwärtsge wandten Schlußfolgerungen die freiheitliche Entwicklung der Menschheit fördern.

1.3 Der Tschechoslowakei kommt das historische Verdienst zu, die Wirksamkeit der gewaltlosen Verteidigung erstmals im größeren Rahmen ohne vorheriges Training unter Beweis gestellt zu haben, wenn auch noch nicht von einem Sieg gesprochen werden kann.

1.4 Die Sowjetunion lieferte den Beweis dafür, daß auch eine Gewaltherrschaft nicht völlig allgemeine zwischenmenschliche Normen außer acht lassen kann.

1.5 Die UNO hat erneut versagt. Eine Reform der UNO ist notwendig, wenn sie ihre Autorität nicht ganz verlieren soll.

1.6 Die Militärbündnisse sind keine Garantie für den Frieden, sondern eine Gefahr. Eine Welt mit relativ unabhängigen Staaten kann einen Aggressor wirksamer isolieren als eine Welt der Machtblöcke, die kein Platz hat für die Würde und Unabhängigkeit kleinerer Staaten. Wenn wir die NATO stärken, schwächen wir die Position der Liberalen im sozialistischen Lager.

2.0 Was können wir Bundesrepublikaner tun, um den Tschechoslowaken zu helfen?

2.1 Wir dürfen den kalten Kriegern bei uns keine Chance zur Wirksamkeit lassen.

2.2 Wir müssen die DDR als Staat und die Ostgrenzen als gegeben anerkennen und gleichzeitig eine Außenpolitik betreiben, die die Grenzen durchlässiger macht.

- 2.3 Wir müssen mit den Siegermächten und der DDR über einen Sonderstatus für ein vereinigtes Berlin mit freien Zugängen von OST und WEST verhandeln.
- 2.4 Wir müssen die Natoverträge kündigen und die nichtmilitärische Verteidigung ausbauen.
- 2.5 Wir müssen sofort auf breiter Basis über Reformen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen der BRD diskutieren. Wir müssen die Illusion überwinden, als hätten wir aus der Bundesrepublik das bestmögliche gemacht.
- 3.0 Eine auf die Existenzsicherung einer freien Menschheit ausgerichtete Politik muß anstreben:
 - 3.1 daß jeder Staat Mitglied der UNO wird;
 - 3.2 daß das Vetorecht in den Institutionen der UNO aufgehoben wird;
 - 3.3 daß die UNO in die Lage versetzt und verpflichtet wird, Einzelstaaten vor der Vergewaltigung durch andere Staaten und Volksgruppen vor der Ermordung zu schützen;
 - 3.4 daß Abhängigkeiten einzelner Staaten von anderen einzelnen Staaten auf ein Minimum reduziert werden, daß aber die Abhängigkeit der Einzelstaaten von der Staatenwelt dagegen maximal wird, damit wirksame Sanktionen wegen Verstößen gegen internationale Normen durchgeführt werden können;
 - 3.5 daß jeder mündige Mensch unzensurierte Informationen über geplante und durchgeführte militärische und politische Aktionen erhält (In jenen Gebieten wo dies nicht gewährleistet ist, muß zwingend die UNO als Informant auftreten.);
 - 3.6 daß die Störungen im internationalen Zahlungsverkehr und Gütertausch beseitigt werden (Nur dann lassen sich Hunger und Armut erfolgreich bekämpfen.).
- 4.0 Leitsätze humaner, freier Menschen
 - 4.1 Wir müssen den Sowjets und ihren Satelliten sagen, daß Staatskapitalismus kein Sozialismus ist.
 - 4.2 Wir müssen den Sowjets sagen, daß der Imperialismus auch dann Imperialismus ist, wenn er unter der roten Fahne marschiert.
 - 4.3 Wir dürfen den Sowjets aber auch sagen, daß wir sie nicht für Teufel halten, sondern für unfreie Menschen mit geistig verblendeten Führern.

- 4.4 Wir müssen den Albanern und Chinesen sagen, daß die Gewalt Menschheitsreformern schlecht zu Gesicht steht. Die Aufforderung an die Tschechoslowaken, sich mit militärischen Mitteln zu verteidigen, kommt der Aufforderung zum Selbstmord gleich.
- 4.5 Wir müssen die Schläge der Weltmächte unterlaufen und sie da treffen, wo sie am schwächsten sind, nämlich in ihrer moralischen Position.
- 5.0 Aufruf
- 5.1 Bürger der Bundesrepublik Deutschland, Ihr wart in jüngster Zeit Zeuge, wie schwer es ist, eine freiheitliche Gesellschaftsordnung durchzusetzen und zu bewahren. Laßt es Euch als Mahnung gelten und nutzt endlich Euere Bürgerrechte zur Vertiefung unserer Demokratie und zur Verwirklichung einer humaneren Welt.
- 5.2 Wir müssen Wege zu neuen Ufern der Menschheit suchen. Feiglinge taugen nichts für die notwendige Expedition. Die Tschechoslowaken haben uns gezeigt was Mut ist und was Mut vermag. Zeigen wir uns ihnen als würdige Nachbarn.

Tristan Abromeit
(Vorstandsmitglied)

Ablage

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
Pressestelle: 45 Osnabrück, Schließfach 1963
Telefon über 0541 / 22283

5. 10. 1968

Mitteilung an die Presse (11)

=====

Stellungnahme der LSP zum Begehren auf das Verbot der NPD

0. Vorbemerkung: So verständlich der Ruf ist, die NPD zu verbieten; sowenig darf die Problematik des Verbotes der NPD übersehen werden. Nicht alle Motive der NPD-Gegner sind edler Natur, nicht alle Wirkungen der NPD sind negativ.
1. Das Verdienst der NPD besteht darin, ungewollt das demokratische Gewissen einer großen Anzahl von Bundesbürgern aktiviert zu haben.
2. Die NPD mit ihren Erfolgen erzeugte mit die notwendige Unruhe, um unseren "Staatsmännern" ihre feiste Selbstgefälligkeit zu nehmen.
3. Nationalisten befinden sich seit der Geburt der BRD in den im Bundestag vertretenen Parteien; es ist scheinheilig, wenn die Mitglieder der Regierungen in der BRD mit dem Finger auf die NPD zeigen und ihren eigenen Nationalismus bzw. ihre eigenen nationalistischen Parteigenossen vergessen.
4. Der Nationalismus ist keine spezifisch deutsche Krankheit, wir finden sie sowohl bei den Weltmächten, wie auch in vielen kleinen Staaten.
5. Der Nationalismus, insbesondere in Verbindung mit dem Faschismus, wirkt gegen die Grundrechte und wirkt störend in der Völkerfamilie. Das Verbot von nationalistischen Parteien hebt aber nicht den Nationalismus auf.
6. Das Verbot von Estremparteien, seien sie nazistisch oder kommunistisch, ist auch keine demokratische Lösung und außerdem für einen Staat nicht ungefährlich, weil ganze Bevölkerungsteile auf Grund ihrer politischen Auffassungen in die Ungesetzlichkeit getrieben werden.
7. Estremparteien haben nur dann eine Chance, wenn die Gesellschaft krankt. Die NPD-Erfolge sind somit ein Zeugnis für die Versäumnisse der "staatstragenden" Parteien.

8. Für die Lösung gesellschaftlicher Probleme (auf nationaler und internationaler Ebene) gibt es immer nur wenige vernünftige Alternativlösungen.
Vernünftige Lösungen für den Gesellschafts- und Staatsbereich haben aber die Konsequenz, daß Privilegien der Etablierten aufgehoben werden.
Unsere "Staatsmänner" müssen daher auf ihre Privilegien verzichten, wenn sie die NPD erfolgreich bekämpfen wollen.
9. In der Kritik von links-außen an die NPD scheint ein gewisser Neid zum Ausdruck zu kommen. Die Argumentation ist dort oft genauso intolerant und irrational wie rechts-außen.
10. Der NPD mag ein Zug zum Faschismus innewohnen; aber so muß man dann konsequent fragen: nur bei der NPD?
11. Der Wahlspruch der Mächtigen der vergangenen Jahre lautet übersetzt so: Laßt uns die bequeme Regierungsweise. Außer der Zustimmung alle 4 Jahre an der Wahlurne geziemt Euch keine politische Tätigkeit. Wir, die erfahrenen Regierungs- und Parlamentsmitglieder machen das sowieso besser.
Im Rückblick zeigt sich, daß die Feinde der Demokratie nicht zuletzt die "staatstragenden" Parteien waren und sind, da sie wenig zur Demokratisierung der Bundesbürger beigetragen haben, obwohl sie die Mittel dazu hatten.
12. Der Kampf gegen die Antidemokraten muß auf der untersten Ebene aufgenommen werden: in den Betrieben, in den Schulen, in den Vereinen und in den Gemeinden.
Nochmals ein NPD-Verbot verhindert kein Scheitern unserer Demokratie.
13. zum Schluß: Wer die NPD und die kürzlich gegründete Kommunistische Partei (DKP) nicht will, der muß, wenn er glaubhaft bleiben will, in anderen politischen Vereinigungen mitarbeiten.

Tristan Abromeit
(Mitglied des LSP-Vorstandes)